



Pressemitteilung

1. Deutsches Islamkritiker-Treffen in Wertheim/Main, 2. Juni 2007

Zwecks Bündelung der diversen islamkritischen Kräfte fand am 2. Juni 2007 in Wertheim/Main das "1. Deutsche Islamkritiker-Treffen" statt. Eingeladen hatte der "Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten e.V." (BDB). Das Treffen war die Fortsetzung einer BDB-Tagung in 2005, auf welcher die Bildung einer "Regenbogenkoalition der Islamkritik" beschlossen worden war. Ziel der Tagung war es nun, nach Gemeinsamkeiten der divergierenden Strömungen zu suchen, um auf Basis eines möglichst großen gemeinsamen Nenners ein Bündel von Forderungen an die Politik zu stellen. Einleitend faßte der Bestsellerautor Rolf Stolz (Die Mullahs am Rhein; Kommt der Islam?) noch einmal sein Referat "Fragen der Strategie und Taktik von Bürgerbewegungen" zusammen, in welchem er auf der BDB-Tagung vor zwei Jahren das Konzept der Regenbogenkoalition als breitgefächertes Aktionsbündnis der demokratischen Kräfte entwickelt hatte.

Eingefunden hatten sich 96 Delegierte von Bürgerinitiativen gegen lokale Moscheebauprojekte, verschiedenste Einzelkämpfer höchst unterschiedlicher politischer Couleur von links bis rechts, islamkritische Publizisten und Blogger, die gegenwärtig den Hauptbeitrag zur Verbreitung islamkritischer Nachrichten leisten. Hierdurch wurde als ungewollter Effekt der notorisch unfairen Behandlung islamkritischer Themen durch viele Mainstreammedien ein erstaunlich hohes Maß kritischer Gegenöffentlichkeit geschaffen, wie Stefan Herre ausführte, Gründer von "Politically Incorrect", mit bis zu 27.000 täglichen Zugriffen z.Zt. größter politischer Blog in Deutschland.

Hauptredner war Udo Ulfkotte, der über die Chancen einer islamkritischen Parteigründung referierte. Mit einem allein auf Islamkritik ausgerichteten Negativ-Programm könne man im Parteienspektrum der Bundesrepublik nicht Fuß fassen. Statt dessen müßten positive Visionen auf Basis jener abendländischen und humanistischen Werte entwickelt werden, welche die Menschen in der gegenwärtigen Politik und Gesellschaft so schmerzlich vermißten. Das Potential sei da, wie die gewaltige Resonanz zeige, die der von ihm und anderen Islamkritikern im Dezember 2006 gegründete Verein "pax Europa" in der Bevölkerung finde. Ulfkotte gehört zu den Erstunterzeichnern des "Wertheimer Appells", der zum Abschluß der Tagung nach heftigen Diskussionen verabschiedet wurde und in welchem sich die Teilnehmer auf fünf Kernforderungen an die Politik einigen konnten (s.u.).

Internet-Adressen

BDB: www.buergerbewegungen.de

Pax Europa: www.akte-islam.de

Politically Incorrect: www.politicallyincorrect.de

Wertheimer Appell

Nach ausführlicher Diskussion verabschiedet von den Teilnehmern des
1. Deutschen Islamkritikertreffens in Wertheim/Main am 2. Juni 2007

Der schleichenden Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland wird von Seiten der politisch Verantwortlichen kein Widerstand entgegengesetzt, ja, sie wird sogar noch gefördert. Statt der Identitätswahrung der Mehrheit unbedingten Vorrang einzuräumen, fließen Scharia-Elemente in die deutsche Rechtsordnung ein.

Diese Politik richtet sich gegen den überwältigenden Mehrheitswillen, wie die beiden Allensbach-Studien von 2005 und 2006 zeigen, wonach eine große Mehrheit der Deutschen die Ausbreitung des Islam in ihrem persönlichen Umfeld mit wachsender Sorge beobachtet und sich zunehmend von dieser Ausbreitung bedroht fühlt. Alleingelassen von Politik, Kirchen und Medien, überrascht es daher kaum, daß die Bereitschaft der Deutschen, die pauschal geforderte Toleranz gegenüber dem muslimischen Glauben zu üben, dramatisch sinkt, wie Allensbach feststellt. Dies ist ein besorgniserregender Befund in Hinblick auf die friedliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Es liegt genug Wissen über den Islam, seine vierzehnhundertjährige Gewaltgeschichte und seine ideologische Unveränderbarkeit vor, als daß jemand in verantwortlicher Stellung für sich Unwissenheit in Anspruch nehmen könnte.

Wir fordern daher:

- Überprüfung von Art. 4 GG (Religionsfreiheit) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf die Politreligion Islam;
- Verhinderung des EU-Beitritts der Türkei;
- Einbeziehung der ansässigen Bevölkerung bei Moscheebauprojekten mit einem zwingenden Ablehnungsmandat für die Administration bei entsprechendem Mehrheitsentscheid; Verbot des Baus von Minaretten als Ausdruck des politischen Islam; Verbot des lautsprecherverstärkten Gebetsrufs;
- Ächtung der Banken und Finanzdienstleister, die in Europa Scharia-konforme Geldanlagen anbieten und es damit zulassen, dass in unserer Wirtschaftsordnung das Wirtschaftsmodell der Scharia eingeführt wird;
- Einführung eines Bekenntnisses aller Einwanderer zu den freiheitlichen Grundwerten unserer Kultur und Gesellschaftsordnung in der christlich-jüdisch-humanistischen Tradition Europas (Menschenrechte, rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau, Jungen und Mädchen - in Australien müssen von September 2007 an auch einwandernde Muslime ein Bekenntnis zu den christlich-jüdischen Werten des Landes ablegen).